

# **Die Vertreibung der jeverschen Juden und die „Judenmöbel-Auktion“ in der „Bahnhofshalle“ im März 1940**

*von Holger Frerichs (Schlossmuseum Jever)*

## **1) Einleitung**

Nicht nur in Deutschland zählt das „Schnäppchen-Machen“ und die Schwäche für Sonderangebote aller Art gewissermaßen zum „Volkscharakter“. Sobald sich eine günstige Gelegenheit - oder nur eine vermeintliche Chance - zum Sparen findet, tritt eine mehr oder minder große Zahl von Interessenten auf. Im Zeitraum der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland (1933-1945) gab es allerdings Gelegenheiten dieser Art, die aus der historischen Perspektive einer kritischen Nachschau unterzogen werden müssen: Die „Verwertung“ des Eigentums der geflüchteten, vertriebenen, zwangsdeportierten und schließlich meist ermordeten Mitbürger jüdischer Herkunft.

In erster Linie füllte damit der nationalsozialistische Staat seine Kassen, um den Krieg zu finanzieren und die Belastungen der nichtjüdischen Bevölkerungsmehrheit gering zu halten.

Zunächst wurden als Instrumente dieses Raubzuges diskriminierende Maßnahmen wie „Reichsfluchtsteuer“, „Judenvermögensabgabe“ oder die Zwangsabgabe von Wertsachen aller Art eingesetzt, am Ende stand die vollständige und entschädigungslose Enteignung der Opfer.

Beim günstigen Erwerb von Grundstücken oder der Versteigerung von Hausrat, Mobiliar und sonstigem beweglichen Eigentum der Vertriebenen und Verschleppten kamen auch die „deutschen Volksgenossen“ zum Zuge. In einer Kleinstadt wie Jever, wo sprichwörtlich „Jeder Jeden kannte“, waren die mehr oder minder gutgläubig auftretenden Erwerber oft sogar Bekannte oder ehemalige Nachbarn der „verschwundenen“ jüdischen Vorbesitzer.

Größere „Judenmöbel“-Auktionen gab es überall in Deutschland in der Regel erst nach dem Beginn der systematischen und geschlossenen Deportationen der deutschen Juden ab Oktober 1941 in die Ghettos und Todeslager „im Osten“ bzw. ab 1942 ins „Altersghetto“ Theresienstadt.

Im Landkreis Friesland ist dies aus Varel bekannt, wo zunächst im Oktober 1941 und noch einmal im Juli 1942 insgesamt 29 Bewohner des Jüdischen Altenheimes in die Ghettos Lodz bzw. Theresienstadt deportiert wurden (einige später weiter in die Vernichtungslager Chelмно bzw. Auschwitz). Im Anschluss fanden in Varel öffentliche Versteigerungen des von den Deportierten zurückgelassenen und vom Deutschen Reich konfiszierten Hab und Gutes statt, an denen sich viele hunderte Vareler Bürger beteiligten.

Im nördlichen Teil des Landkreises, der Kreisstadt Jever mit dem Jeverland, wohnten zu diesem Zeitpunkt – bis auf einzelne jüdische Partner in den sogenannten jüdisch-christlichen „Mischehen“ - bereits keine Menschen jüdischer Herkunft mehr. Hier fand allerdings schon im März 1940 ein Ereignis statt, dessen äußerer Rahmen bereits an die späteren Vareler Auktionen erinnert: Die „Judenmöbel-Auktion“ in der „Bahnhofshalle“ in der Schlosserstraße 31. Ihr voraus ging eine regionale „Entjudungsaktion“ der Staatspolizeileitstelle Wilhelmshaven, die sich u.a. gegen die letzten 33 noch in Jever lebenden jüdischen Bürger richtete. Darüber soll nachfolgend berichtet werden.

## **2) Die Zwangsvertreibung der jeverschen Juden im Frühjahr 1940**

Im Frühjahr 1940 organisierte die Geheime Staatspolizei (Amt IV der Staatspolizeileitstelle) in Wilhelmshaven eine regionale „Entjudungsaktion“ in ihrem Zuständigkeitsbereich, d. h. dem Land Oldenburg und dem preußischer Regierungsbezirk Aurich (Ostfriesland). Begründet wurde die Aktion mit dem angeblich „weiterhin frechen Auftreten der Juden“, der „Gefahr“ jüdischer Spionage oder Sabotage in der „Grenzonenregion“ Weser-Ems oder auch mit der Wohnraumbeschaffung für „deutsche Volksgenossen“. Mit diesen „Argumenten“ hatten z.B. diverse Landräte und Bürgermeister aus Ostfriesland schon seit Kriegsbeginn im September 1939 darauf gedrängt, ihre Bezirke „judenrein“ zu machen.

Betroffen von der staatspolizeilich erzwungenen Vertreibung waren fast alle im genannten Gebiet lebenden jüdischen Männer und Frauen. Ausgenommen blieben nur die in christlich-jüdischer „Mischehe“ lebenden jüdischen Partner sowie die Bewohner der beiden jüdischen Altenheime in Emden und Varel.

Innerhalb weniger Wochen hatten sich im Frühjahr 1940 die Betroffenen unter Androhung von Repressionsmaßnahmen (Verhaftung, Einweisung in Konzentrationslager) eine neue Unterkunft außerhalb der Weser-Ems-Region zu suchen.

An der Organisation und Durchführung der „Entjudungsaktion“ in Jever waren neben der federführenden Gestapo Wilhelmshaven die Stadtverwaltung mit Bürgermeister Martin Folkerts sowie Beamte des Landratsamtes Friesland beteiligt.<sup>1</sup>

Im Unterschied zu den ab Herbst 1941 beginnenden Sammeldeportationen deutscher Juden konnten die Opfer hier auf dem Papier noch selbst eine gewisse Auswahl treffen, wohin sie „umsiedeln“ wollten. Theoretisch war ihnen zu dieser Zeit auch nicht verwehrt, soviel persönliche Habe oder Mobiliar wie möglich mitzunehmen. In der Praxis beschränkte sich die Wahlmöglichkeit allerdings auf den Unterschlupf in „Judenhäusern“ in Großstädten wie Berlin oder Hamburg, die ihnen von den örtlichen jüdischen Gemeindevertretungen zugewiesen wurden. In anderen Fällen fanden die Opfer beengten Platz bei bereits dort lebenden Verwandten. Da zudem die Abreise aus Jever mit der Bahn erfolgen sollte und am neuen Wohnort in der Regel lediglich einzelne Zimmer bezogen werden konnten, blieb den jeverschen Juden zwangsläufig keine andere Wahl, als fast ihr gesamtes verbliebenes Hab und Gut zurückzulassen.

### 3) Die Vertriebenen: 33 Männer und Frauen aus Jever

Zur Anzahl der in Jever betroffenen jüdischen Bürger ist die offizielle Angabe von 32 Personen überliefert, die aber einer Erläuterung bzw. Korrektur bedarf.

Bürgermeister Martin Folkerts hatte am 1. Februar 1940 an den Landrat gemeldet:

„Zur Zeit wohnen noch **32 Juden im Stadtgebiet Jever**. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß in aller Kürze viele Juden Jever verlassen werden.“

Nicht mitgezählt wurde von Bürgermeister Folkerts die Ehefrau von Erich Levy, die nach ihrer Heirat zum Judentum konvertiert war, nach den Kriterien des NS-Staates „abstammungsgemäß“ aber nicht als „Jüdin“, sondern als „Arierin“ galt. Als Ehefrau des Juden Erich Levy war sie aber ebenfalls vom Zwang des „Umsiedelns“ betroffen, soweit sie sich nicht von ihrem Mann trennen wollte. Der Verfasser geht daher nachfolgend von einer Zahl von 33 Personen aus.

Diese 33 Männer und Frauen wohnten bis auf wenige Ausnahmen in den sechs „Judenhäusern“ in Jever, auf welche die Mitglieder der jüdischen Gemeinde bereits konzentriert waren:<sup>2</sup>

In der **Mühlenstraße 4** (sieben Personen) lebten unter sehr beengten Verhältnissen das Ehepaar Bernhard und Caroline Josephs, geborene Cleffmann, mit der ledigen Schwester von Bernhard, Emma Josephs. Hinzu kamen das Ehepaar Adolf und Rosa Weinberg, geborene Wolff, mit ihrem damals siebenjährigen Sohn Wolf sowie der Witwer Siegmund Oss.

Am **Mönchwarf 7** (sechs Personen) wohnten Moses und Ehefrau Caroline Schwabe, geborene Hecht, mit Sohn Alfred und Tochter Sophie, verheiratete Katz, sowie deren Ehemann Salli. Hinzu kamen der ledige Rudolf Gutentag, Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde.

In der **St. Annenstraße 9** (fünf Personen) lebten das Ehepaar Hugo und Rosa Weinstein, geborene Netheim, das Ehepaar Werner und Erna Josephs, geborene Steinberg, und die Witwe Paula Josephs (Mutter von Werner Josephs), geborene Wolff.

1 Die Vertreibungsaktion ist dokumentiert in einer Akte der Stadtverwaltung Jever, die im Juni 2012 vom Verfasser dieses Aufsatzes auf dem Dachboden des Rathauses zufällig „wiederentdeckt“ wurde. Sie wird heute unter der Signatur DEP 25, Akz. 39/1997 Nr. 311 im Niedersächsischen Landesarchiv Oldenburg aufbewahrt. Hartmut Peters hat die Akte ausgewertet und im November 2013 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Vgl. auch <https://www.groeschlerhaus.eu/forschung/jever-und-jeverland/juedische-geschichte/die-vertreibung-der-juden-aus-jever-in-der-ns-zeit-darstellung-anhand-neuer-aktenfunde/> (Zugriff 25.5.2016).

2 Vgl. <https://www.groeschlerhaus.eu/erinnerungsorte/judenhaeuser-in-jever/> (Zugriff 25.5.2016).

Im Haus **Mönchwarf 1** (vier Personen), hinter dem Grundstück der Synagoge gelegen und zuletzt als eine Art jüdisches Altersheim genutzt, waren die alleinstehenden und betagten Rosalie Grünberg sowie die Schwestern Emma, Frieda und Jeanette (Netty) Cohn untergebracht.

In der **Kaackstraße 7** (damals Osterstraße, vier Personen) wohnten noch Johanne Hoffmann, geborene Levy, sowie die verwitwete Sara Hoffmann mit ihren Söhnen Fritz und Moritz Hoffmann.

Das Haus von Gröschler in der **Albanistraße 2** (drei Personen) beherbergte das Ehepaar Julius und Hedwig Gröschler, geborene Steinfeld, sowie Willy Josephs.

In der **Blauen Straße 1** (drei Personen) lebten Erich Levy mit seiner zum Judentum übergetretenen Frau Ruth Luise, geborene Seecamp, sowie die Witwe Käthe Haas, geborene Mannheim.

Hinzu kam in der **Schlosserstraße 25** (1 Person) die verwitwete Nanni Levy, geborene Emanuel (Mutter von Fritz Levy).

Weitere im Frühjahr 1940 noch in Jever lebende jüdische Bürger – in sogenannter „Mischehe“, daher nicht betroffen – waren die Hebamme Helene Klüsener, geborene Schwabe, die mit im Haus Mönchwarf 7 lebte; sowie Erna Hirche, geborene Schiff, die im Haus von Erich Levy in der Blauen Straße 1 wohnte. Die „Abreise“ der genannten 33 Personen, zumeist nach Berlin und Hamburg, vollzog sich nach den vorliegenden Quellenangaben offenbar zwischen Mittwoch, dem 13. und spätestens Freitag, dem 15. März 1940.

Fünfzehn Monate nach der Zerstörung der Synagoge durch jeversche Bürger beim Novemberpogrom 1938 war die Stadt nun aus Sicht von Gestapo, Bürgermeister, Landrat und Partei „judenrein“.

#### **4. Öffentliche Ankündigung und amtliche Genehmigung der Auktion**

Einen Tag nach der „Abreise“ der letzten Juden aus Jever liefen die Vorbereitungen für die Versteigerung ihres Hausrates an. Am Samstag, dem 16. März und noch einmal am Montag, dem 18. März 1940 annoncierte der Auktionator Wilhelm Albers im „Jeverschen Wochenblatt“:

„Wegen Auflösung mehrerer Haushaltungen verkaufe ich Dienstag, 19. März 1940, nachmittags 2 Uhr in der 'Bahnhofshalle' von Herrn Otto Rühl öffentlich meistbietend gegen Barzahlung“.

Es folgte eine Liste der Gegenstände:

„Bettstellen mit Matrasen, Sofas, Küchenschränke, Schränke, Kommoden, Waschtische, 2 eiserne Sekretäre, 1 großer Rollschrank, 2 Kochöfen, 1 Gasherd, 1 Gaswaschofen, Flurgarderoben, Spiegel, 1 Trittleiter, Lederstühle, Polsterstühle, Rohrstühle, 1 Waschmangel, sehr viele Porzellansachen und Gebrauchsgegenstände, 1 Partie starker Holzbohlen“. Albers wies in seiner Anzeige abschließend noch darauf hin, dass der Verkauf „pünktlich“ beginnen sollte.

Vom 18. März 1940 datiert der formelle Antrag des Auktionators Albers an das Landratsamt in Jever, im Auftrag von „Rudi Gutentag und Genossen“ die dem Publikum bereits angekündigte Versteigerung durchführen zu dürfen.

Dem Antrag pflichtgemäß beigefügt war der Versteigerungsauftrag, unterzeichnet von Rudolf Gutentag, die bereits bekannte Liste der zur Versteigerung vorgesehenen Gegenstände sowie der Text der ebenfalls schon veröffentlichten Anzeige. Die Genehmigung durch den Landrat wurde „wie üblich“ erteilt.

Aus dem Antrag von Albers geht hervor, dass es Rudi Gutentag war – Mitglied des Vorstandes der Synagogengemeinde in Jever - der noch unmittelbar vor seiner Abreise nach Hamburg im Auftrag seiner mitbetroffenen jüdischen Glaubensgenossen am 15. März 1940 den Auktionsauftrag erteilte.<sup>3</sup>

Was hinter der „Auflösung mehrerer Haushaltungen“ steckte, erschloss sich dem Leser des „Jeverschen Wochenblattes“ aus der Anzeige zunächst nicht direkt.

In der Kleinstadt Jever dürfte sich aber durch Mundpropaganda, offen oder hinter vorgehaltener Hand, rasch herum gesprochen haben, dass unmittelbar zuvor die letzten jüdischen Bürger aus Jever „verzogen“ waren.

Kaum jemand konnte somit in Unkenntnis darüber bleiben, dass bei dieser Auktion das zurück gelassene Hab und Gut „der Juden“ unter den Hammer kam.

---

3 Niedersächsisches Landesarchiv Oldenburg (fortan: NLA OL), Bestand 231-3, Nr. 588.



## 5. Auktionator Wilhelm Albers und die „Bahnhofshalle“ von Otto Rühl, Schlosserstraße 31

Die Auswahl des Auktionators und auch der Lokalität lag im Fall der Auktion vom März 1940 noch im Ermessen des „Auftraggebers“, hier also Rudolf Gutentag. Auch war das Versteigerungsgut - im Unterschied zu den Vareler Auktionen nach den Deportationen 1941/42 - den jüdischen Eigentümern durch den NS-Staat noch nicht entzogen worden.

Sowohl der Auktionator Wilhelm Albers wie auch der Betreiber der „Bahnhofshalle“, Otto Rühl, zählten mitnichten zu Anhängern oder Mitläufern des nationalsozialistischen Regimes oder gar dem Kreis der bekennenden Antisemiten in Jever.

Das genaue Gegenteil war der Fall. Wilhelm Albers wurde wegen seiner auch nach 1933 weiter in korrekter Weise gepflegten Geschäftskontakte zu jüdischen Mitbürgern von Aktivisten der NSDAP und bei der nationalsozialistisch geprägten Stadt- und Kreisverwaltung argwöhnisch beäugt; Otto Rühl, vor 1933 aktiver Sozialdemokrat, hatte unter dem NS-Regime schon seit 1933 geschäftliche Nachteile zu erdulden und wurde Opfer von Gestapo-Zwangsmaßnahmen und der Wehrmachtjustiz.

### Auktionator Wilhelm Albers

Wilhelm Albers, Rechtsbeistand und Versteigerer, geboren am 15. Juni 1875 in Jever, gehörte der evangelisch-lutherischen Konfession an. Er hatte sich seit 1. November 1903 in Jever in der Kleinen Rosmarinstraße als Rechtsanwalt und Versteigerer selbstständig gemacht. Im April 1914 wurde er amtlicher Auktionator. Er gehörte im Unterschied zu vielen seiner Berufskollegen weder vor noch nach 1933 der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen (SA, SS usw.) an. Im März 1936 hatte er das Auktionatoren-Amt kurzfristig niedergelegt, jedoch am 15. Oktober 1936 beim Amt Friesland die erneute Zulassung als Versteigerer beantragt.

Der Bürgermeister der Stadt Jever, Folkerts, äußerte gegen die Zulassung des Auktionators Wilhelm Albers zwar „keine Bedenken“, ergänzte aber ausdrücklich: „wenn auch bekannt ist, dass zu seinem Kundenkreis in grösserem Umfange Juden gehören und seine Arbeitsweise nur sehr langsam ist.“

Im Oktober 1938 hatte Albers im Namen von Hermann Groeschler (dieser war seinerzeit Generalbevollmächtigter der Vormaligen in Jever, nun in Hamburg lebenden Jüdin Else Feilmann) vor dem Amtsgericht Jever Klage gegen den Schlachtermeister Fritz Kötter in Jever, Hopfenzaun, erhoben. Es ging um die Nachzahlung der von Kötter für einige Monate geschuldeten Mietzahlung an die jüdische Hauseigentümerin Feilmann und eine Räumungsklage.

Das Amtsgericht informierte den Bezirksfürsorgeverband Friesland (Fürsorgebehörde beim Amt Friesland), dieser wiederum den Bürgermeister der Stadt Jever (Schreiben vom 5. bzw. 14. Oktober 1938), um hier den Mieterschutz des „arischen“ Kötter zu gewährleisten.

Auf der Mitteilung des Bürgermeisters vom 19. Oktober 1938 an den Bezirksfürsorgeverband – der Bürgermeister hatte „nach Kenntnisnahme zurückgereicht“ - vermerkte der Sachbearbeiter (Unterschrift unleserlich) beim Landratsamt handschriftlich: „Ich halte eine Abgabe an Abt. VI zur Versteigererakte des Albers für erforderlich, da Albers sich scheinbar nicht scheut, ein jüdisches Mandat zu übernehmen. Gröschler ist doch Jude?!“ (Unterstreichungen im Original).<sup>4</sup>

Letzterer Vorgang war es auch, der die reichsweit vertriebene antisemitische Hetzschrift „Der Stürmer“ veranlasste, unter „Kleine Nachrichten“ die „Judenkontakte“ von Albers auf denunziatorische Weise zu brandmarken (Jahrgang 1938, Nr. 43, siehe Ausschnitt).<sup>5</sup>

Das beruflich und wohl auch menschlich korrekte Verhalten von Wilhelm Albers während der NS-Zeit – offenbar im Unterschied zu manchen seiner Berufskollegen - veranlasste nach 1945 viele ehemalige jüdische Bürger aus Jever, im Rahmen von Wiedergutmachungsverfahren oder bei anderen Gelegenheiten Wilhelm Albers mit der Wahrnehmung ihrer Interessen zu beauftragen.

Wilhelm Albers starb am 20. Februar 1961 in Jever.

4 Alle Dokumente aus der Versteigerer-Personalakte, NLA OL, Bestand 231-3, Nr. 577. Enthält auch den „Entnazifizierungs“-Fragebogen der Militärregierung.

5 Stadtarchiv Nürnberg AvPer.627\_1938\_43\_06\_S10.

## Kleine Nachrichten

### Was das Volk nicht verstehen kann

Der Stadtpfarrer Hart in Schöckl (Dfr.) machte in letzter Zeit wiederholt Einkäufe im jüdischen Warenhaus Lieh in Bamberg.

Die Volksgenossinnen Aurelia Riha und Eichinger, beide wohnhaft in Kossau Nr. 16 (Kreis Krems a. d. D.), kaufen für ihre Kinder bei dem Kleiderjuden Kolb in Krems, Landstraße, ein. Dieser Jude hat seinen Laden aufgegeben, macht aber in seiner Wohnung weiter Schmutzgeschäfte.

Im Cafe Werners zu Koblenz, Inhaber Willi Werners, verkaufen heute noch Juden. Werners bezieht Waren von dem Juden Gänter, wohnhaft in der Gastorpfaffenstraße zu Koblenz. Einrichtungen der Partei werden von Werners herabgesetzt. Er hat dagegen in seinem Schaufenster ein Schild mit der Aufschrift „Vertragshaus der DVG Deutschen Adelsgenossenschaft“ anbringen lassen.

Der Rechtsanwalt Manfred Kopp zu Singen (Hohentwiel) ist „berühmt“ dafür, daß er Juden vor Gericht gegen Deutsche vertritt. Mit besonderer Vorliebe behandelt er Fälle, bei denen es sich um verhältnismäßig kleine Forderungen handelt.

Der Tabakwarenhändler August Berg, wohnhaft in der Peterlitenstraße 33 zu Cottbus, steht in geschäftlichen Beziehungen zu der Jüdin Hannebauer aus Cottbus.

Der deutsche Geschäftsinhaber Adolf Fikner in der Regierungsstraße 11 zu Erfurt hat sich durch den jüdischen Rechtsanwalt Fleck von Erfurt vertreten lassen.

Der deutsche Rechtsanwalt Wilh. Heinrichs, wohnhaft in der Bahnhofstraße 78 zu Schwelm i. W., arbeitet für die jüdische Firma Rosenbaum bzw. für deren Inhaber, die Geschwister Löwenstein.

Frl. Louise Lenze aus Wehrstapel b. Eversberg (nicht Regina Lenze) kaufte bei dem Juden Hesse in Meschede ein.

Folgende Bauern aus Wulsen i. W. (Bez. Münster) haben Viehgeschäfte mit dem bekannten Hugo Lebenstein aus Lembed gemacht: Josef Böding, Joh. Steinberg, Wilhelm Bedt, sämtliche aus Wulsen-Dorf; Johann Bennemann, Joh. Westrich und die Pächter Johann Kefing und Laurenz Grewiwing, sämtliche aus Wulsen-Dimle; Bernhard Bernsmann aus Wulsen-Röhl und Johann Barheier (jetzt Josef Dammann) aus Wulsen-Broskhausen. Außerdem hat der Pächter Johann Kefing aus Wulsen-Dimle für sein Kind einen Kommunionanzug beim Juden Wolfes aus Wulsen gekauft.

Der Versteigerer und Rechtsbeistand Wilhelm Albers, wohnhaft in der Kl. Rosmarinstraße 4 zu Jever i. D., vertritt Juden vor Gericht.

## Die Judenfrage lernt man kennen durch den Stürmer

Abb.: Ausschnitt aus „Der Stürmer“, Jahrgang 1938, Nr. 43. Unter „Kleine Nachrichten – Was das Volk nicht verstehen kann“ unten rechts der denunziatorische Hinweis auf Wilhelm Albers aus Jever.

Quelle: Stadtarchiv Nürnberg, AvPer.627\_1938\_43\_06\_S10.

### Otto Rühl und die „Bahnhofshalle“

Mit der „Bahnhofshalle“ war nicht die Halle im jeverschen Bahnhofgebäude gemeint, sondern die in der Schlosserstraße 31 befindliche Gaststätte „Bahnhofshalle“. Sie war vorher im Besitz von Itze Gerdes, danach von Otto Rühl. Zur Gaststätte zählte ein Tanzsaal.

Viele ältere Jeveraner erinnern sich daran, hier das Tanzbein geschwungen zu haben, denn ähnliche Lokalitäten gab es in Jever nicht viele. Rudolf Müller schrieb 1998 im „Bummel durch das alte Jever“:

„Otto Rühl und das Tanzlokal 'Deutsches Haus'. (...). Vorher hieß das Lokal Bahnhofshalle, ab 1985 Lord-Nelson-Pub, dann Clips Discothek und der heutige Name ist Sir-Drake-Pub. Inzwischen wird der ehemalige Saal vom Tanzsportklub Jever als Trainings- und Übungsraum genutzt. Otto Rühl, berufsbedingt ein wenig beleibt und fast immer mit offener Kellnerjacke und Pantoffeln hinter dem Tresen waltend, hatte das Geschehen jederzeit fest im Griff. (...). In der Gaststube waltete Frau Rühl ihres Amtes, immer ausgeglichen und ruhig und stets ein freundliches Wort für ihre meist jugendlichen Gäste parat. (...). Von der Gaststätte führte eine Treppe nach oben in einen kleinen Saal (...).“<sup>6</sup>

Otto Rühl, Besitzer und Wirt der „Bahnhofshalle“, geboren am 3. Oktober 1904 in Kassel, war verheiratet mit Käthe Wessels und war Vater zweier Söhne.

Er hatte den Beruf des Maschinenbauers erlernt. Bis 1933 engagierte er sich politisch als SPD-Mitglied in Oldenburg. In der NS-Zeit sah er sich Repressionen ausgesetzt: Durch Verfügung der Staatspolizeileitstelle Wilhelmshaven vom 21. Mai 1942 wurde gegen ihn zur Erzwingung systemkonformen Verhaltens ein „Sicherungsgeld“ von 3000 Reichsmark verlangt, dass auf ein mit

6 Rudolf Müller: „Ein Bummel durch das alte Jever“, Band II, Verlag Luers, Jever 1998, S. 31-32.

staatspolizeilichem Sperrvermerk versehenes Konto bei der Landessparkasse zu Oldenburg, Zweigstelle Jever, zu hinterlegen war. Bei „einwandfreier Führung“ bis 31.5.1945 sollte der hinterlegte Betrag plus angefallener Zinsen wieder für Rühl frei gegeben werden, ansonsten drohte der „Verfall“ des Betrages zugunsten der Gauamtsleitung der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) oder des WHW (Winterhilfswerk).

Zur Wehrmacht eingezogen, hatte Rühl im November 1944 kritisch-abfällige Bemerkungen über Hitler gemacht. Es folgte daraufhin eine eintägige Haft, später vom 12. Januar bis 12. April 1945 die erneute Inhaftierung im Wehrmacht-Untersuchungsgefängnis Hamburg-Altona. Otto Rühl sollte laut Heeres-Zentralgericht in Berlin aus der Wehrmacht unehrenhaft entlassen und der „allgemeinen Gerichtsbarkeit“ (Sondergericht, Volksgerichtshof) unterstellt werden. Der Beschluss gelangte aber nicht mehr zur Durchführung, da er mit Gestellungsbefehl vom 11. April 1945 dem Bewährungs-Bataillon „Weichsel“ unterstellt wurde. Rühl geriet an der Ostfront in sowjetische Gefangenschaft und wurde 1946 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen.

In einem Fragebogen vom 20. August 1946 gab er als Grund seiner Festnahme an: „Völlige Ablehnung des Nationalsozialismus in Wort und Tat. Judenmöbelverkauf in meinen Räumen abgelehnt, Defaitismus“. Mit dem „Judenmöbelverkauf“ war offenbar aber nicht die Auktion im März 1940 gemeint, sondern die 1943/44 in Jever durchgeführten „Hollandmöbel“-Verkäufe, die im „Grünen Jäger“ und im „Schwarzen Adler“ stattfanden. Laut Haftentschädigungsbescheid des Kreissonderhilfsausschusses Friesland vom 12. Juli 1950 (rechtskräftig am 18. August 1950) erhielt Otto Rühl eine einmalige Haftentschädigung von 600 Deutsche Mark. Der Kreissonderhilfsausschuss Friesland hielt es „für erwiesen, daß er seit der Machtübernahme, besonders aber mit Kriegsbeginn beruflich, z.B. bei der Stellung von Musikern, Schwierigkeiten seitens örtlicher Parteistellen ausgesetzt gewesen ist und der Grund hierfür in seiner gegnerischen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zu erblicken ist. (...)“<sup>7</sup>



Abb.: „Bahnhofshalle“ in der Schlosserstraße 31.  
Postkarte vor 1918 (Besitzer zu dieser Zeit noch Itze Gerdes). Schlossmuseum Jever PK 2418.

7 Vgl. Wiedergutmachungsakte im NLA OL, REP 405, Akz. 2011/013, Nr. 2306.

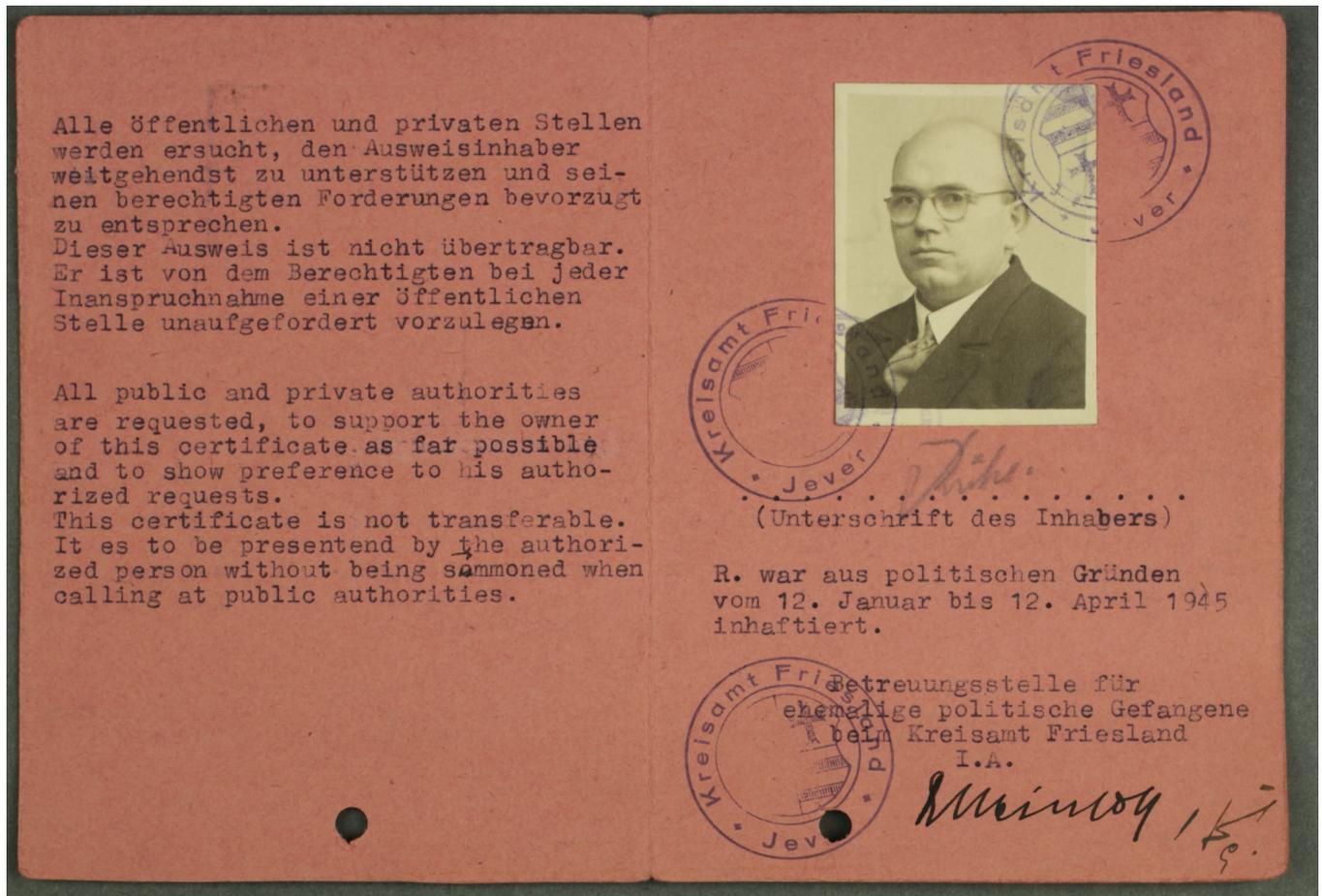


Abb.: Innenseiten Sonder-Ausweis für politisch Verfolgte, ausgestellt vom Kreisamt Friesland, 1946.  
 NLA OL, REP 405 Akz. 2011/013, Nr. 2306.

## 6. Erlös von 867 Reichsmark

Über den Verlauf der Auktion, die Besucherzahl oder einzelne Erwerber sind keine Quellen überliefert, die uns Auskunft geben könnten. Weder sind Geschäftsunterlagen des Auktionators Albers (Auktionsprotokoll) überliefert,<sup>8</sup> noch finden sich Käuferlisten in Wiedergutmachungsakten der vertriebenen jüdischen Bürger. Der Gesamterlös ist durch die Meldung von Wilhelm Albers an den Landrat bekannt: 867 Reichsmark und 10 Pfennig. Wie sich der Erlös im Einzelnen verteilte, ist ebenfalls unbekannt. Lediglich von Erich Levy sind aus einem Wiedergutmachungsverfahren folgende Aussagen überliefert: „Als Evakuierungsort konnten wir Berlin oder Hamburg wählen. Ich wählte Berlin. Unsere Möbel wurden zusammengestellt, z.T. wurden sie verauktioniert. Ich erinnere mich noch, daß wir eine Abrechnung über 23,50 Reichsmark bekamen. (...)“<sup>9</sup>

Die Auktion im März 1940 war angesichts der Menge des Angebotes sicherlich ein gesellschaftliches „Ereignis“. Unter den Käufern in Jever mögen z.B. junge Leute gewesen sein, die gerade geheiratet hatten und Möbel brauchten, aber auch finanziell nicht so gut gestellte Jeveraner aller Altersschichten.

Dass diese Menschen dort kauften, war ihrer Einkommenssituation geschuldet, moralische Erwägungen über die Herkunft des Auktionsgutes dürften damals im antisemitisch geprägten gesellschaftlichen Umfeld kaum eine Rolle gespielt haben. Der Rest bildeten die unvermeidlichen „Schnäppchenjäger“, die auf günstige Erwerbungen hofften, und manche „Neugierige“, die einfach „mal schauen“ wollten, was „die Juden“ denn so hinterlassen hatten bei ihrem Verschwinden.

<sup>8</sup> Frdl. Auskunft von Ulrich Albers, 30. Juni 2016.

<sup>9</sup> Aussage Erich Levy vor dem Sonderhilfsausschuss Landkreis Friesland, 21. September 1950. NLA OL, REP 405, Akz. 2011/013, Nr. 4405, Bl. 7 R.

Wilhelm Albers, Versteigerer und Rechtsbeistand, Jever i. D.



An das

Landratsamt Friesland

in Jever.

Betr.: Versteigerung vom 19. März 1940, Rudolf Israel Gutentag  
und Genossen, Jever.

Der Erlös aus obiger Versteigerung beträgt laut Versteige-  
protokoll RM 867.10.

Jever, den 26. März 1940.

*W. Albers*



Abb.: Mitteilung von Auktionator Wilhelm Albers an den Landrat Friesland, 26. März 1940.  
NLA OL, Bestand 231-3, Nr. 588.

Es mag noch Bürger in Jever geben, die ahnen oder vielleicht wissen, dass im Familienbesitz befindliche Möbel aus dieser „Judenmöbel-Auktion“ im März 1940 in Jever stammen. Möglicherweise wurde aber in vielen Fällen in der Familie über die Herkunft bestimmter Sachen nicht gesprochen.

Ob unter den damaligen Erwerbern Personen waren, die ein Objekt direkt für eine öffentliche Kulturinstitution wie z.B. das iHeimatmuseum des Jeverländischen Altertums- und Heimatvereins erwarben bzw. ob einer der Erwerber anschließend einen Weiterverkauf bzw. eine Schenkung vornahm, kann nicht ausgeschlossen werden. Im Rahmen der Provenienzforschung im Schlossmuseum Jever konnten hierfür bisher keine Indizien gefunden werden. Allerdings dürfte es sich bei dem Versteigerungsgut im März 1940 um einfachere Möbel und Gebrauchsgegenstände gehandelt haben, die vermutlich bei den „Museumssammlern“ kein Interesse geweckt hatten.

## 7. Das weitere Schicksal der im März 1940 vertriebenen Juden

Was mit den im März 1940 aus Jever vertriebenen jüdischen Männern und Frauen weiter geschah, ist durch die Forschung weithin aufgeklärt.

**Mühlenstraße 4:** Das Ehepaar Bernhard und Caroline Josephs und Emma Josephs kamen in **Hamburg** unter und wurden von dort am 15. Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Sie starben alle in Folge der unsäglichen Lebensbedingungen. Ihre Mitbewohner, das Ehepaar Adolf und Rosa Weinberg und deren Sohn Wolf lebten zunächst in einem der „Judenhäuser“ in **Berlin** und wurden gemeinsam im Januar 1943 von Berlin ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert und im Gas ermordet.

Auch Siegmund Oss ging nach **Berlin**, er wurde von dort bereits im Dezember 1942 nach Auschwitz-Birkenau deportiert und ermordet.

**Mönchwarf 7:** Moses Schwabe 1942 lebte zunächst in einem Altenheim in Berlin und starb 1942 eines natürlichen Todes in **Dortmund**, ebenso wie seine Ehefrau Caroline Schwabe, geborene Hecht, bereits 1940 in **Berlin**. Sohn Alfred und Tochter Sophie, verheiratete Katz, sowie deren Ehemann Salli gingen nach **Dortmund** und wurden von dort im Januar 1942 nach Riga deportiert und ermordet. Rudolf Gutentag zog nach **Hamburg**, wo er in der Hansastrasse 57 bei einem Vetter wohnte. Er betrieb seine Auswanderung, die ihm aber nicht mehr gelang. Er starb in Hamburg unter nicht eindeutig geklärten Begleitumständen am 30. Juli 1941.

**St. Annenstraße 9:** Das Ehepaar Hugo und Rosa Weinstein, geborene Netheim, musste nach Bremen, später **Hamburg** „aussiedeln“ und wurde im Dezember 1941 von dort nach Riga deportiert und ermordet. Dem Ehepaar Werner und Erna Josephs, geborene Steinberg, und der Witwe Paula Josephs, geborene Wolff, gelang von **Bremen** aus noch die Flucht in die USA, sie überlebten.

**Mönchwarf 1:** Die Schwestern Emma, Frieda und Jeanette (Netty) Cohn wurden von **Hamburg** gemeinsam im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert und überlebten das Ghetto nicht. Rosalie Grünberg kam in **Berlin** unter und musste dort im November 1941 den Deportationszug nach Riga besteigen, wo sie den Mordaktionen der deutschen Sicherheitspolizei zum Opfer fiel.

**Kaackstraße 7:** Fritz, Moritz und Johanne Hoffmann, geborene Levy, wurden von **Berlin** im Februar bzw. März 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Sara Hoffmann, geborene Cossen, musste im Juli 1942 von **Hamburg** aus den Weg nach Theresienstadt antreten, von dort ging es im September 1942 weiter ins Vernichtungslager Treblinka.

**Albanistraße 2:** Julius und Hedwig Gröschler, geborene Steinfeld, zogen nach **Hamburg** und wurden von dort im Juni 1943 nach Theresienstadt und im Oktober 1944 weiter nach Auschwitz deportiert und ermordet. Willy Josephs gelangte nach **Bremen** und von dort im November 1941 nach Minsk, wo auch er ermordet wurde.

**Blaue Straße 1:** Erich Levy und Frau Luise, geborene Seecamp, kamen in **Berlin** im „Judenhaus“ in der Tarnowitzerstraße 1 unter. Sie wohnten dort bis April 1945 unter ständiger Bedrohung durch die Gestapo. Das Ehepaar kehrte 1945 nach Jever zurück. Luise Levy starb 1960 in Jever, Erich Levy 1967 in einem Altenheim in Hannover. Die Witwe Käthe Haas, geborene Mannheim, führte der weitere Schicksalsweg zunächst nach **Hamburg**, von dort im September 1942 ins Vernichtungslager Treblinka.

**Schlosserstraße 25:** Nanni Levy, geborene Emanuel, war im Altenheim in **Bremen** untergebracht, wurde am 23. Juli 1942 (im gleichen Transport wie die an diesem Tag aus Varel verschleppten letzten Bewohner des jüdischen Altenheimes in Varel) nach Theresienstadt und von dort im September 1942 weiter ins Vernichtungslager Treblinka deportiert.

Von 33 Personen überlebten somit nur fünf Menschen den Holocaust, zwei (mit Rudolf Gutentag: drei) starben eines natürlichen Todes, 26 fielen den Lebensbedingungen im Ghetto Theresienstadt zum Opfer oder wurden direkt in nationalsozialistischen Vernichtungsstätten ermordet.

## 8. Ausblick: Die „Hollandmöbel“ 1943/44 in Jever und Varel

Männer oder Frauen jüdischer Herkunft – mit Ausnahme jüdischer Partner in sogenannten „Mischehen“ – gab es in Jever nach dem März 1940 nicht mehr. Von Frühjahr 1943 bis Anfang 1944 wurden die Jeveraner jedoch erneut mit den „Hinterlassenschaften“ jüdischer Bürger konfrontiert, diesmal stammten die ehemaligen Besitzer aus dem westeuropäischen Ausland: 1943/44 gelangten im Volksmund als „Hollandmöbel“ bezeichneten Lieferungen von Möbeln bzw. Haushalts- oder Gebrauchsgegenständen nach Jever und Varel. Es handelte sich um das von den Deutschen im Rahmen der „Aktion M“ im besetzten Holland (aber auch Frankreich und Belgien) beschlagnahmte Eigentum der von dort „in den Osten“ deportierten und zumeist ermordeten Juden. Die Verwertung fiel in den Zuständigkeitsbereich des staatlichen Wirtschaftsamtes beim Landkreis Friesland. In Jever beauftragte das Wirtschaftsamt den Gastwirt Bernhard van Mark, der das Raubgut im „Grünen Jäger“ und im „Schwarzen Adler“ präsentierte und zu günstigen Preisen an „Bombengeschädigte“, kinderreiche Familien und sonstige Interessenten

abgab. In Varel war die Stadtverwaltung durch das Wirtschaftsamt des Landkreises mit der Durchführung der „Aktion M“ beauftragt worden, die Gegenstände wurden dort an verschiedenen Orten zur Besichtigung angeboten. In Friesland wurde mit dem „Hollandgut“ insgesamt 75.000 Reichsmark an „Überschüssen“ erzielt, was auf eine enorme Menge ehemals jüdischen Besitzes hindeutet, das in Jever und Varel zum Verkauf gelangte. Nähere Einzelheiten und Abläufe dieser „Hollandmöbel“-Auktionen 1943/44 in Jever und Varel sind in einem gesonderten Forschungsbericht dokumentiert.

Verfasser: Holger Frerichs (Schlossmuseum Jever).

Forschungsstand: 06.07.2016